

„daß das Wesen der Fakultäten und die Einheit der Universität gerettet werden konnten“. Damit war die rechtliche Handhabe — und alle Gegenvorstellungen, etwa der Freiburger juristischen Fakultät, über die Zulässigkeit der Karlsruher Verordnung gelangten nicht ins Ziel — für das praktische Besorgen des Entwurfs der Rektoratsrede vom 27. Mai gegeben, für den Führer-Rektor Martin Heidegger, der zum 1. Oktober 1933 ernannt wurde. Die von Heidegger voll mitzuverantwortende neue Universitätsverfassung stand im Begründungszusammenhang seines Denkens und Handelns. Die völlige Erneuerung der deutschen Hochschulen könne nur erreicht werden, wenn die Hochschulreform einheitlich und umfassend im ganzen Reich vorgenommen werde, war in der Karlsruher Präambel formuliert. Dem Führer-Rektor kamen alle Befugnisse des seitherigen Senates zu — dem Gremium blieb nur noch eine beratende Funktion. Mit der Ernennung Heideggers zum Führer-Rektor sollte eine neue Ära beginnen, da jetzt erst der Aufbruch aus den verkrusteten Formen der alten überlebten Universität geschehen konnte.<sup>26</sup> Und der zum Führer-Rektor ernannte Martin Heidegger sah sich in den ersten Oktobertagen noch in der Fülle der Möglichkeiten, nämlich von Freiburg aus die totale Erneuerung der deutschen Universität nach den Maßstäben seiner Rektoratsrede zu gestalten, die Universität aus der Periode der Uneigentlichkeit herausreifend.

Er hatte in jenen Tagen einen weiteren Ruf an die Universität Berlin abgelehnt und wollte bewußt in der Provinz bleiben. Dem Entwurf einer dünnen Mitteilung an die Dozenten der Freiburger Universität über seine Ernennung zum Rektor fügte er am 2. Oktober eigenhändig folgenden Passus hinzu<sup>27</sup>: „Ich werde nicht nach Berlin gehen, sondern an unserer Universität versuchen, die durch die vorläufige neue Verfassungsregelung in Baden gegebenen Möglichkeiten zu einer echten und erprobten Wirklichkeit zu gestalten, um damit den einheitlichen Aufbau der künftigen gesamtdeutschen Hochschulverfassung vorzubereiten. Auf Wunsch der Berliner Regierungsstellen werde ich auch fernerhin engste Fühlung mit der dortigen Arbeit behalten.“ — Ein Programm hochgestimmter Erwartung, der die Wirklichkeit freilich nicht mehr entsprach. Nur wußte Martin Heidegger dies noch nicht, nämlich daß die Berliner Regierungsstellen ihn aus taktischen Gründen als Aushängeschild verwendeten, für die Führungspositionen jedoch bewährte alte Kämpfer ausersuchen hatten, die für ihre krude Ideologie taugten. Denn: Die Übereinkunft zwischen Nationalsozialismus und dem Denken Heideggers konnte nicht wahren, wollte Heidegger sich nicht selbst aufgeben und umgekehrt. Freilich: Heidegger wußte dies noch nicht. Es stand nicht in seiner Voraussicht. Und wer von den Geführten, von der Gefolgschaft konnte dies begreifen? Konnte erfassen, daß die politische Philosophie Heideggers längst gescheitert war? Zumal wenn sie vernahmen, was der Rektor nicht nur in Freiburg, sondern weltweit am 11. November 1933, am Vorabend jener ersten plebiszitären Abstimmung über die Politik Hitlers (Zustimmung zum Austritt aus dem Völkerbund und Wahl einer Einheitsliste für den Reichstag) proklamierte, wesentliche Elemente der Rektoratsrede mit der bisherigen Politik Hitlers verbindend — wohl die schlimmste, öffentlich bekanntgewordene Verirrung des Philosophen, als er zu solchen Sätzen fand<sup>28</sup>: „Wir haben uns losgesagt von der Vergötzung eines boden- und machtlosen Denkens. Wir sehen das Ende der ihm dienstbaren Philosophie. Wir sind dessen gewiß, daß die klare Härte